

# LICHTBLICK

ZEITUNG DER LANDESSCHÜLERINNENVERTRETUNG RHEINLAND-PFALZ

**SEITE 1**

Editorial  
Eine LSV für Alle

**SEITE 2**

Bericht von der 43.2. LSK  
Die LSV in 30 Jahren

**SEITE 3**

Realschule plus – die „Schulstrukturreform“  
Schritt in Ameisendimension

**SEITE 4**

Realschule plus = Chancengleichheit minus  
Demo gegen Kopfnoten in NRW – ein Bericht  
Impressum

**SEITE 5**

Datensammeln  
Abgestochene Männer  
Big Teacher is watching you

**SEITE 6**

Zivilcourage – hier und jetzt!  
Fummeln verboten!?!

**SEITE 7**

– Geisterfahrt –  
Ein Monolog der Lebenskrise  
Per Anhalter durch die Republik

**SEITE 8**

Den Lehrstellenmangel beenden

## EINE FÜR ALLE – DIE NEUE LSV

Eine LSV für alle – wie lange dies nun schon Forderung der LSV ist, lässt sich kaum noch zurückverfolgen. Vor allem in den 90er Jahren wurde der Ruf nach „Einer für alle“ laut. Auf der 7. LandesschülerInnenkonferenz (zum Vergleich: Wir berichten gerade von der 43., die im Dezember stattfand), lautete der Beschluss: „Die LSV/GG spricht sich für eine alle Schularten umfassende Landesschülervertretung aus“ (Bericht in dieser Zeitung: Lichtblick Nummer 3, 1/92). Es war ein langer Weg. Die LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen musste sich ja nicht nur um sich selbst, sondern um SchülerInnenvertretung und somit Einfluss auf die Bildungspolitik kümmern. Gleichzeitig eine solche Veränderung herbeizuführen war nur sehr schwer möglich. Trotzdem haben SchülerInnen aller LSV-Generationen daran weitergearbeitet, sich (mehr oder weniger) dafür eingesetzt und es letztes Jahr endlich geschafft!

### WARUM ÜBERHAUPT EINE FÜR ALLE?

Mensch könnte sich fragen: Wozu diese Mühe? Ist all der Aufwand überhaupt nötig? Können die anderen nicht eine eigene Vertretung gründen? Und können Haupt- und RealschülerInnen, GymnasialInnen, FörderschülerInnen, SchülerInnen der Berufsbildenden Schulen, ja, alle SchülerInnen in

Rheinland-Pfalz denn überhaupt zusammenarbeiten? Die Überzeugung der LSV ist: Sie können es. Denn sie könnten auch gemeinsam unterrichtet werden. Und Vertretung ist ganz sicher keine Elitefrage, im Gegenteil: Müssen nicht die VerliererInnen im Schulsystem am ehesten vertreten werden? Natürlich.

Dass SchülerInnen aller anderen Schularten vertreten werden wollen, dass alle SchülerInnen Lust haben, vertreten zu werden und zu vertreten, das hat die LSV längst bewiesen. Beim Rheinland-Pfälzischen SchülerInnenkongress (RiSiKo 07) haben SchülerInnen aller Schularten über Probleme in der Bildungspolitik diskutiert und gezeigt: Wir möchten alle gemeinsam vertreten werden!

Warum mensch sich nun gleich zusammenschließt? Ursprünglich war vorgesehen, dass jede Schulart zuerst eine eigene SchülerInnenvertretung bilden sollte – und dass diese sich dann später zusammenschließen können. Dies ist allerdings nicht so einfach: Für SchülerInnen der Schulen, die nur bis zur 9. oder 10. Klasse gehen, ist es oft schwierig, etwas derartiges alleine auf die Beine zu stellen – nicht dass es damals leicht gewesen wäre, eine LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen zu gründen. Warum sollte mensch nicht auf existierende Strukturen bauen und gemeinsam zu einer LSV für alle werden?

### APROPOS STRUKTUREN: BLEIBT DENN ALLES GLEICH?

Natürlich nicht. Wie sollte es auch? Momentan werden von jeder Schule zwei Delegierte zu den LandesschülerInnenkonferenzen entsendet. Angesichts der großen Anzahl an Schulen, die nun vertreten werden, kann dies nicht so bleiben.



Das Plenum der 43.2. LSK beschließt die neue Satzung.

Deswegen werden die Regionalen Arbeitskreise (Arbeitskreise in den Regionen zur Vernetzung der dortigen SVen, die übrigens schon immer für SchülerInnen aller Schularten offen sind) in kleinere Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen unterteilt. Dort vernetzen sich nun die SVen aller Schulen des Kreises oder der Stadt und entsenden gewählte Delegierte zu den LandesschülerInnenkonferenzen. Um zu bestimmen, wie viele Delegierte aus jedem Kreis und jeder Stadt kommen, gibt es eine bestimmte Festlegung, die sich nach der SchülerInnenzahl der Kreise oder Städte richtet. So ist gewährleistet, dass weiterhin von überall SchülerInnen kommen. Außerdem wird natürlich darauf geachtet, dass SchülerInnen aller Schulen gleichmäßig vertreten sind – damit es auf keinen Fall so wird, dass in der LSV die SchülerInnen der Gymnasien weiterhin die Vertretung umsetzen – und dabei die SchülerInnen der anderen Schularten bevormunden. So verändern sich verschiedene Strukturen innerhalb der LSV, die eigene Satzung musste geändert werden – und das Schulgesetz natürlich auch noch. Somit wird es noch ein wenig dauern, bis tatsächlich alle SchülerInnen vertreten werden. Die erste LandesschülerInnenkonferenz mit SchülerInnen aller Schularten soll allerdings spätestens im nächsten Frühjahr stattfinden.

Fortsetzung Seite 2

## EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser – bzw. lieber LeserIn\*

Herzlich Willkommen im neuen Lichtblick! Der Lichtblick ist die rheinland-pfalz-weite Zeitung der LandesschülerInnenvertretung (LSV) und das Adjektiv „neu“ ist in diesem Fall wunderbar doppeldeutig. Denn als „neu“ kann man diesen Lichtblick nicht nur bezeichnen, weil du gerade die neuste Ausgabe des Lichtblicks in den Händen hältst, sondern auch und vor allem, da auf der 43. LandesschülerInnenkonferenz eine fast vollständig neue Redaktion gewählt wurde – die Lichtblick-Redaktion 2008/2009.

Auch für uns ist dieser Lichtblick also Neuschnee – nicht zuletzt, da es auch der erste Lichtblick nach RiSiKo 07 ist. RiSiKo 07? Das war der Rheinland-Pfälzische SchülerInnenkongress, ein riesiger Kongress mit Schülerinnen und Schülern

aller Schularten aus ganz Rheinland-Pfalz. Damals erschien eine Sonderausgabe des Lichtblicks – und seitdem hat sich viel verändert.

Die LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen (LSV GG) hat jenen Kongress zum Anstoß genommen, endlich die Pläne in die Tat umzusetzen und zu einer LandesschülerInnenvertretung für alle Schularten zu werden. Eine neue Struktur musste entstehen, eine neue Satzung beschlossen werden und ein ganz neuer Gedanke verankerte sich in den Köpfen der SchülerInnen: Wir sind nun „Eine für Alle“! Eine LandesschülerInnenvertretung für alle SchülerInnen in ganz Rheinland-Pfalz! Und als Zeitung der LandesschülerInnenvertretung ist dies natürlich nun auch ein Lichtblick für alle SchülerInnen in ganz Rheinland-Pfalz.

Angesichts dieser ganzen Neuheiten und Reformen beschäftigen wir uns in diesem Lichtblick vor allem mit Reformen – nicht nur jenen, die von der LandesschülerInnenvertretung beschlossen wurden. Denn auch das Bildungsministerium hat nicht geschlafen und viele neue Ideen durchgesetzt.

Es kommt Bewegung ins Schulsystem in Rheinland-Pfalz: Ministerin Ahnen sagte sicher nicht ganz zu unrecht: „Nie wurde das Bildungssystem in Rheinland-Pfalz so viel diskutiert wie im Moment“. Und die SchülerInnen mischen mit... Trotzdem darf man natürlich die anderen Themen nicht vergessen, die die SchülerInnen in Rheinland-Pfalz betreffen und interessieren. Deswegen haben wir für euch eine bunte Auswahl zusammengestellt – viel Spaß beim schmökern!

Eure Lichtblick-Redaktion

\* Das komische I in LeserInnen ist ein Binnen-I. Damit drückt man aus, dass nicht nur Leser, sondern auch Leserinnen gemeint sind. Im ganzen Lichtblick verwenden wir das Binnen-I. Beim Lesen kannst du entweder kurz stocken und Leserinnen sagen, oder du liest es einfach, als stände dort Leserinnen (oder Leser, wenn dir das lieber ist). Für das allgemeine „man“ verwenden wir außerdem „mensch“. Dies tun wir, da die Sprache ein Ausdruck der bestehenden Verhältnisse ist, in denen Männer eine dominierende Rolle spielen. Durch das Binnen-I wollen wir dafür sorgen, dass Frauen sich nicht einfach in der männlichen Form mitgemeint fühlen, sondern die ebenbürtige und wichtige Rolle der Frau in der Sprache wahrgenommen wird, die das Bewusstsein prägt.

Kein Plan von Schulordnung, Schulgesetz und so weiter?

Die SV-Arbeit kommt nicht so richtig in Schwung?

Mal wieder Probleme ohne Ende in der Schule?

Stress mit Direktor oder LehrerInnen?

Bei diesen und vielen Problemen mehr rund um die Schule hilft euch die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz. Informiert euch auf [www.lsv-rip.de](http://www.lsv-rip.de) oder tretet direkt mit uns in Kontakt unter [info@lsv.rip.de](mailto:info@lsv.rip.de).

**LSV**



# "REALSCHULE+" - DIE SOGENANNTEN "SCHULSTRUKTURREFORM"

Die LandeschülerInnenvertretung hat Ende letzten Jahres eine Pressemitteilung veröffentlicht, die das vom Ministerium beschlossene Konzept der „Realschule +“ scharf kritisiert. Zuerst jedoch die Frage: „Was ist eigentlich ›Realschule +?‹ – und was ist eine ›Schulstrukturreform?‹“...

„Realschule +“ – dieses Wort geistert seit einiger Zeit immer mal wieder durch die Medien in Rheinland-Pfalz. Angesichts dessen, dass an den meisten Schulen schon Ansätze zur Umsetzung dieses Konzeptes diskutiert und beschlossen sind, sollte es nicht mehr nötig sein, für SchülerInnen eine Einleitung im Stil „Was ist denn eigentlich ›Realschule +?‹“ zu verfassen.

Warum ich es dann trotzdem tue? Ich tue es wegen des kleinen Wörtchens „sollte“. Denn eine Schulstrukturreform „sollte“ alle SchülerInnen in Rheinland-Pfalz betreffen und sie „sollte“ allen SchülerInnen in Rheinland-Pfalz bekannt sein. Dass sie es nicht ist, hat verschiedene Gründe. Einerseits liegt es wohl daran, dass gar nicht alle SchülerInnen von der Reform betroffen sind. Für jene, die ein Gymnasium besuchen oder besuchen werden, ändert sich nichts. Und für die anderen? Eigentlich auch nichts.

„Realschule +“ [Realschule plus] ist ein Konzept, das das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (MBWJK) Mitte letzten Jahres vorgestellt hat. Es soll die Antwort sein, auf demographischen Wandel einerseits und auf das veränderte Schulwahlverhalten andererseits. „Verändertes Schulwahlverhalten“ bedeutet zu Deutsch nichts anderes als die Tatsache, dass keine Eltern heute noch Lust haben, ihr Kind auf eine Hauptschule zu schicken. Denn auf der

Hauptschule sind nicht nur die Kinder der „Ausländer“ und „Hartz IV-Empfänger“, sondern auch jene, die selbst wieder „Ausländer“ und „Hartz IV-Empfänger“ werden.

Dass ich an dieser Stelle die Ausländer erwähne, hat nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun. Sondern mit einer Tatsache, die das Ministerium auch schon erkannt hat: In Rheinland-Pfalz sowie in ganz Deutschland ist es vor allem von der sozialen Herkunft abhängig, zu welchem Schulabschluss und gesellschaftlichem sowie wirtschaftlichem Erfolg man es bringen kann. Traurigerweise sind dabei die Kinder mit Migrationshintergrund besonders betroffen und haben nur wenige Aufstiegschancen. So werden die Kinder von AkademikerInnen meistens selbst wieder AkademikerInnen, die Kinder von ArbeiterInnen werden meistens selbst wieder ArbeiterInnen – und die Kinder von sozialen VerliererInnen werden selbst soziale VerliererInnen. Diesen Zustand nicht länger hinzunehmen, hat auch die SPD auf ihrem Parteitag in Hamburg in ihrem Hamburger Programm beschlossen. Dort heißt es, dass „über Bildungswege und -Chancen“ „in unserem Bildungssystem zu früh entschieden“ wird.

Um diesen Missstand zu beheben und die Hauptschule wieder zu einer akzeptierten Schule zu machen, wurde nun für Rheinland-Pfalz ein Konzept für eine Schule entwickelt in welcher Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen: Die „Realschule +“. Der Begriff „länger“ wurde hier vom Ministerium jedoch sehr frei ausgelegt, denn „Realschule +“ bedeutet lediglich, dass Schülerinnen der Haupt- und Realschulen während der 5. und 6. Klasse gemeinsam lernen. Danach werden sie nach wie vor unterteilt: In Haupt- und RealschülerInnen, die bestenfalls unter einem

Dach, jedoch nicht in einer gemeinsamen Klasse unterrichtet werden. Ein mutloser Schritt, urteilt die LandeschülerInnenvertretung. Geändert hat sich zumindest nichts Wesentliches: Nach wie vor gibt es die Hauptschule, versteckt hinter einem vermeintlich modernen Konzept, dass die bestehenden Zustände lediglich zementiert. Die Kinder der AkademikerInnen (sozusagen der Kinder jener, die etwas zu sagen haben und Dinge wie „Schulstrukturreform“ beschließen) bleiben völlig unberührt.

Trotz alledem sollte man sagen, dass „Realschule +“ in sich nicht als schlecht angesehen werden muss. Immerhin können SchülerInnen länger gemeinsam lernen, haben die Chance, die Entschei-

dung über ihre Zukunft noch ein wenig hinauszuzögern..

Bevor ich jedoch diese Einleitung zu der Pressemitteilung der LandeschülerInnenvertretung so abschließen sollte ich vielleicht noch den zweiten Begriff erklären, der in der Überschrift enthalten ist: „Schulstrukturreform“. „Schulstruktur“ – das bedeutet einfach, wie sich das Schulsystem strukturiert, wie es gegliedert ist, wie es in sich funktioniert. Somit erklärt sich „Schulstrukturreform“ ja fast von selbst. Wenn euch allerdings nicht ganz klar ist, was eine „Reform“ bedeutet, dann könnt ihr es einfach in einem Lexikon nachschlagen. Einen Tipp gebe ich euch hierzu noch mit auf den Weg: Das neue Konzept der „Realschule +“ ist ganz sicher keine. – (zoe)



## SCHRITT IN AMEISENDIMENSION - WENNGLEICH IN DIE RICHTIGE RICHTUNG

LANDESSCHÜLERINNENVERTRETUNG ÜBT KRITIK AM KONZEPT ZUR NEUEN SCHULSTRUKTUR FÜR RHEINLAND-PFALZ

Skeptisch äußerte sich die LandeschülerInnenvertretung RLP (LSV) heute in Mainz zur geplanten Bildungsreform in Rheinland-Pfalz.

„Die Pläne zur Reformierung der Real- und Hauptschulen sind nichts Halbes und nichts Ganzes. Sie zeugen vom Unwillen des Ministeriums endlich grundsätzlich umzudenken und wissenschaftliche Erkenntnisse vollständig umzusetzen“, so Florian Müllerheim, Innenreferent und Landesvorstandsmitglied der LSV. Grundsätzlich wird von der LSV begrüßt, dass das Relikt Hauptschule endlich beseitigt werden soll. Die neue – vordergründige – Zweizügigkeit stellt allerdings keinesfalls eine Lösung aus Sicht der LSV dar, fordert diese doch in ihrem Grundsatzprogramm das eingliedrige Schulsystem. „Daher kann das jetzt von

Ministerin Ahnen vorgestellte Konzept zur Zweigliedrigkeit höchstens als ein minimaler Schritt in die richtige Richtung bezeichnet werden“, so Florian Müllerheim.

### VORDERGRÜNDIGE VERÄNDERUNGEN - VERKRUSTETE STRUKTUREN BLEIBEN

„Denn“ – so Felix Martens, Mitglied des Landesvorstands und Pressereferent – „es muss beachtet werden, dass die Hauptschule lediglich neu verpackt wird, und immer noch eine Dreigliedrigkeit innerhalb der Zweigliedrigkeit herrscht.“ Bei der geplanten Kooperativen Realschule geschieht die Weiterführung der beiden Schularten Haupt- und Realschule unter einem Dach, aber dennoch in getrennten Klassen. „Dies ist sehr bedauerlich und wird nicht die gewünschten Effekte erzielen“, so Felix Martens. Am ehesten zu favorisieren sei innerhalb der Pläne des MBWJK das Modell der integrativen Regionalen Schule, da diese dem Aspekt des längeren gemeinsamen Lernens noch am nächsten komme. Auch die Idee, Fachoberschulen an den Realschulen anzusiedeln,

hält die LSV grundsätzlich für begrüßenswert. Hier jedoch fällt auf, dass diese nur bei „entsprechenden Voraussetzungen“ angeboten werden – eine weitere Differenzierung der Schulen ist damit vorprogrammiert. Außerdem ist die Frage der aufstiegsorientierten Durchlässigkeit damit nicht gelöst.

### CHANGENGLEICHHEIT? PUSTEKUCHEN!

Tatsächliche Aufstiegschancen scheinen nach wie vor nur an bestimmten Knotenpunkten möglich: Nach dem „Hauptschulbildungsgang“ bzw. dem entsprechenden Abschluss und nach dem Fachhochschulabschluss. Weder nach der Fachhochschulreife noch während der Klassenstufen 8-10 wird der Übergang zum gymnasialen Zweig signifikant erleichtert. Anstatt die Übergänge zwischen den beiden Haupt-Bildungszweigen in den Blick zu nehmen, wird auf die Übergänge zwischen Hauptschulbildungsgang und Realschulbildungsgang fokussiert. Dadurch wird das zweigliedrige System, das eine Zweiklassengesellschaft maßgeblich miterzeugt, zementiert anstatt beseitigt.

Nach Ansicht der LSV RLP ist das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ ein grundsätzlich zu begrüßendes Element der neuen Schulstruktur. Zu bemängeln bleibt jedoch auch hier, dass auch dieses nur „an ausgewählten Standorten“ durchgeführt werden soll. Mit Chancengleichheit hat das nichts zu tun! Darauf weisen die LSV RLP und verschiedene namhafte Wissenschaftler schon seit Jahren hin.

### DIE EINZIGE LÖSUNG: EINE SCHULE FÜR ALLE!

Die einzige zukunftssichere und chancengerechte Lösung für unser kränkelndes Bildungssystem ist ein eingliedriger Bildungsweg, so die Ansicht der LSV. „So lange der entscheidende Schritt in diese Richtung nicht getan wird, bleibt unser Bildungssystem defizitär und ungerecht“, kommentiert Alisa Siegrist, Landesvorstandsmitglied der LSV.

Die Entscheidung, welchen Schultyp eine Schülerin oder ein Schüler besuchen darf, wird zwar um zwei Jahre nach hinten verschoben. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die immer noch frühzeitige Selektion in verschiedene Systeme einschränkend wirkt und Wege verbaut. „Empfehlungsschreiben orientieren sich hauptsächlich an Deutsch- und Mathenoten und lassen dabei völlig außer Acht, dass die intellektuelle Entwicklung des Kindes zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist“, so Alisa Siegrist. „Eine solche einschneidende Entscheidung darf sich kein System, kein Lehrer und keine Lehrerin anmaßen“, kommentiert Florian Müllerheim dazu. „Die Lösung ist also kein dreigliedriges Schulsystem, kein zweigliedriges Schulsystem, sondern eine Schule für alle!“, resümiert Felix Martens. Das Konzept der Integrierten Gesamtschule als Regelschule müsse sich in Rheinland-Pfalz endgültig als einzige Alternative durchsetzen.

– LSV PM VOM 31.10.2007 –



# REALSCHULE PLUS = CHANCENGLEICHHEIT MINUS

Sie freue sich, sagte Frau Vera Reiß (Staatssekretärin des Bildungsministerium) auf einer Veranstaltung, dass die LandesschülerInnenvertretung die „Realschule +“ immerhin als einen Schritt in die richtige Richtung ansehe. Ob die LSV das überhaupt vertreten kann? Eigentlich schon. Denn die Argumente für die „Realschule +“ sind die gleichen, die die LSV schon seit

Jahren vorbringt. Allerdings nicht um für eine „Realschule +“ zu werben. Sondern weil sie die Forderungen nach einer „Schule für alle“ untermauern. Dabei geht es um mehr als bloß um integrierte Gesamtschulen (IGSen), sondern vielmehr um eine wirkliche „Schule für alle“, eine Schule, an welcher alle SchülerInnen gemeinsam lernen können. Alle. Unmöglich? Das denken wahrscheinlich viele hier in Deutschland. Denn das sogenannte drei-

gliedrige Schulsystem hat sich in den Köpfen verfestigt. SchülerInnen können doch nur richtig lernen, wenn sie mit anderen zusammen arbeiten, die genauso... ja, genauso? Genauso was? Schlau? Gebildet? Intelligenter? Begabt? Kreativ? Glücklicher? Reich? Oder gar: Deutsch? – naja, zumindest eben sind wie sie!

Warum das eigentlich? Und vor allem, angesichts der Fülle der Worte: Worum geht es eigentlich bei der Trennung? Glaubt mensch denn wirklich, dass es SchülerInnen gibt, die alle positiven Eigenschaften in sich vereinen (also Kreativität, Freude am Lernen, Intelligenz, Sprachbegabung, mathematische Begabung, usw.)? Und andere,

die alle negativen Einstellungen in sich vereinen (schlechte Sprachkenntnisse, kein Vorwissen, Null-Bock-Haltung, keine Ideen, Freudlosigkeit)? Und selbst wenn mensch das glaubt: Kann mensch dann noch dazu glauben, dass es sinnvoll ist, diese Kinder voneinander zu trennen? Also auf die eine Seite die tollen, glücklichen zu setzen und auf die andere die nicht so tollen, unglücklichen?

Es gibt durchaus Schulen, an welchen alle gemeinsam lernen. Und es gibt Erfolgsrezepte, erprobte Möglichkeiten, wie man SchülerInnen so unterrichtet, dass ihnen nicht langweilig ist. Denn dies ist noch ein Argument der Trennungsbefürworter: „Die guten SchülerInnen würden sich doch langweilen.“ Langweilen? Jetzt mal unter uns, Gymnasiasten, fein säuberlich abgetrennte, glückliche, intelligente Gymnasiasten: Langweilen wir uns denn nicht? Langweilen wir uns denn nicht manchmal gar zu Tode? Gibt es nicht in jeder Klasse auf jedem Gymnasium immer noch viel zu viel Heterogenität, der Lehrer erklärt zum fünften Mal das ewigselbe, wir schlafen längst auf unseren Tischen... ist es denn nicht so? Na bitte.

Wahrscheinlich bräuchten wir Einzelunterricht. Da könnte jemand auf uns eingehen, könnte sich um uns kümmern, alles noch mal erklären und so schnell vorangehen, wie wir eben verstehen können. Wie schlau wir werden könnten, welches Wissen wir ansammeln könnten (und es sei mal ganz dahingestellt, wie viel von diesem Wissen wir später brauchen würden)! Deutschland würde im PISA-Test an Finnland vorbeiziehen, die neue (und verzeiht mir dies hässliche Wort) Bildungselite käme aus Rheinland-Pfalz. Utopie. Denn wie immer, wo hängt es? [Der gute Lehrer beantwortet seine Fragen niemals selbst.]

Ich könnte nun lange ausholen und viele Geschichten erzählen. Geschichten über Schulen, an welchen individuell gefördert wird, an welchen nicht immer der Lehrer vorne steht und redet, an welchen die SchülerInnen nicht bloß passiv dasitzen – was leider jeden Rahmen sprengen würde. Darum sei nun an dieser Stelle wieder die „Realschule +“ das Thema.

Das Ministerium hat all jene Argumente erkannt. Dass auch in PISA-Gewinner-Ländern Heterogenität in den Schulen herrscht. Dass Deutschland auf den ersten Plätzen ist, wenn es darum geht, soziale Ungerechtigkeiten im Schulsystem zu festigen und dass eigentlich auch keine mehr auf die Hauptschule mag. Und die Antwort? – „Realschule +“. Seit der Vorstellung dieses Konzeptes kochen die kontroversen Diskussionen über: Den einen geht es viel zu weit, den anderen nicht weit genug. Und letztlich sehen sich alle als die VerliererInnen: Die LehrerInnen der Berufsbildenden Schulen (BBSen) sehen sich als VerliererInnen, da die „Realschule +“ zu Teilen auch eine Fachoberschule enthalten soll und somit ihre Arbeit ersetzen könnte. Darum titelte die Zeitschrift der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft): „Realschule plus – BBS minus“. Die RealschullehrerInnen sehen sich als VerliererInnen, denn ihre SchülerInnen werden mit schlechteren SchülerInnen zusammengelegt, sie müssen nun heterogenere Gruppen unterrichten, sind unzufrieden und könnten wohl titeln: „Realschule plus – RealschullehrerInnen minus“. Genauso die zukünftigen SchülerInnen der Realschule, denn wer an das System glaubt, und glaubt, dass die Trennung nötig ist, der würde sagen: „Realschule plus – RealschülerInnen minus“. Oder gar die GymnasiastInnen! Die werden bei der ganzen Sache doch völlig außen vor gelassen! An den Gymnasien wird nichts reformiert! „Realschule plus – vielleicht gar Gymnasium minus“. Und erst die HauptschullehrerInnen, die nun mit anderen LehrerInnen zusammen unterrichten, die „höhere“ Qualifikationen haben und besser bezahlt werden. Also doch „Realschule plus – Hauptschule minus“?

Die große Frage ist eigentlich, ob es tatsächlich ein Schritt in die richtige Richtung ist. Für mich habe ich entschieden, dass ich dies nicht unter schreiben würde. Denn wird nicht vielleicht die „Realschule +“ ein Zwei-Klassen-System zementieren? Wird es nicht nachher nur noch mehr VerliererInnen als vorher geben? Gibt es nicht nach wie vor eine (versteckte) Hauptschule, wo SchülerInnen zu sozialen VerliererInnen gemacht werden und nach wie vor mit einem Hauptschulabschluss ins Leben entlassen werden, dass ihnen

viel zu oft Arbeitslosigkeit bietet?

Ich kann mir gut vorstellen, dass viele Eltern versuchen werden, ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken, wenn es eine Realschulempfehlung hat – damit es nicht mit den „schlechteren“ zusammen lernen muss. Und nicht zuletzt kostet solch eine Reform Zeit und – wie immer – ihr wisst schon. Bis ein Jahrgang an SchülerInnen die „Realschule +“ durchlaufen hat, wird es mindestens 9 Jahre dauern. Und in dieser Zeit werden keine neuen Reformen folgen.

Eine Regierung, die die Möglichkeit hatte, wirklich etwas zu verändern, hat diese mit einer mutlosen Reform verpasst. Der Schritt zur „Realschule +“ ist ein Schritt zurück, weg von der „Schule für alle“, die am Horizont winkte. Und noch dazu: Ein Schritt der beim nächsten Regierungswechsel wieder rückgängig gemacht werden kann, während die SchülerInnen zu hin- und hergeworfenen Versuchskaninchen werden. Wer eine Überzeugung hat, der setzt sie vollständig um. Wer keine hat, der sollte es schlicht und einfach bleiben lassen.

Und so ist die größte Verliererin – na, wer? Eine, die sich nicht zu Wort melden kann. Eine, die noch weniger Lobby hat als die SchülerInnen (denn die werden ja schließlich von der LSV vertreten). Eine, die sich nicht wehren kann, wenn sie mit Füßen getreten wird. Eine, die nur dann beachtet wird, wenn man sie grade braucht. Eine, die als Vorwand verwendet wird und niemals sagen kann: „Das stimmt doch gar nicht, das bin doch gar nicht ich!“. Eine, die keine eigene Zeitung hat, in der sie groß titeln kann – ja, wie würde sie titeln? Wir haben es an dieser Stelle mal für sie getan. – (zoe)

## IMPRESSUM

Der Lichtblick wird herausgegeben von der LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen Rheinland-Pfalz (LSV/GG) Kaiserstr. 26-30  
55116 Mainz  
Web: www.lsv-rlp.de

Fon: (06131) 23 86 21  
Fax: (06131) 23 87 31

Auflage: 10.000  
1. Ausgabe, März 2008  
Druck: caro-druck, frankfurt/main

Photos: photocase.com, luxuz: (2), A.P. (3), streichholz (5), AllzweckJack (7).

Redaktion: Marie Bach (mie), Sebastian Hebler (sh), Lea van Issum, Matthias Köberlein (mak), Sebastian Lung, Mauritz Roeb (mmr), Natascha Schmitt, Hanna Zoe Trauer (zoe), Matthias Zimmermann

Satz und Layout: Charlet Flauaus

Für die Texte sind die jeweiligen AutorInnen verantwortlich. Sie spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## KOPFNOTEN SIND FAIR – UND DIE ERDE IST EINE SCHEIBE

Welcher Schüli kennt sie nicht? Die Kopfnoten. Von manchen wegen ihrer Subjektivität gehasst, von anderen wegen ebendieser geliebt – doch von einer objektiven Bewertung zu sprechen, das würde sich wohl keiner trauen.

Durch die schwarz-gelbe Regierung sind die Kopfnoten nun in Nordrhein-Westfalen wieder eingeführt worden – und decken (fast) alle Bereiche des Schüli-Lebens ab: Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit/Sorgfalt, Selbstständigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Konfliktverhalten und Kooperationsfähigkeit – Werte, die man bewerten kann? Werte, die einen Menschen ausmachen? Wir sagen: NEIN!

Und gefallen lassen wollen wir uns das auch nicht – deswegen demonstrierten am 19.01.2008 in Nordrhein-Westfalen tausend SchülerInnen und auch LehrerInnen gegen diese Ungerechtigkeit. Organisiert wurde das ganz von der LandesschülerInnenvertretung NRW (www.lsvnw.de).

Klar, dass das die volle Unterstützung der LSV Rheinland-Pfalz genoss: Auch hier bei uns gibt es Kopfnoten (wenn auch nur in Verhalten und Mitarbeit), die von LehrerInnen durchaus als Druckmittel eingesetzt werden. Anstatt die SchülerInnen mit geeigneten Konzepten zur Selbstständigkeit und Mündigkeit zu erziehen, werden

sie mit den Kopfnoten zum Kuschen gezwungen. Denn wer wünscht sich schon keine gute Verhaltensnote?

Wie sollen Schüli da noch ihre eigene Meinung vertreten? Wie sollen sie lernen, sich zu wehren, wenn etwas nicht richtig läuft? Ist es denn wirklich das Ziel der Landesregierungen, SchülerInnen zu unmündigem und opportunistischem Verhalten zu erziehen? Angesichts der Kopfnoten lösen sich alle guten Vorsätze aus dem Schulgesetz (à la „Erziehung zu demokratischen Staatsbürgern“) in Luft auf – wie SchülerInnen in ihrem späteren Leben so nach eigenen Moralvorstellungen handeln sollen, bleibt für uns fraglich. Das Ziel der Schulbildung sollte zumindest anders aussehen.

So ist der Versuch, die Verhaltensweise und den Charakter eines Individuums in einer Zahl auszudrücken nicht nur ein Widerspruch in sich – sondern scheitert spätestens an der Subjektivität der LehrerInnen – es wäre doch auch schade, wenn sich alle Menschen einfach gleich gerne mögen würden, wenn es kein „lieber“ und „weniger lieb“ gäbe und wenn man schließlich jeden Menschen und sein Handeln in „richtig“ oder „falsch“ einteilen könnte.

Bis die Landesregierungen das verstanden haben, wird es wohl noch ein wenig dauern. Die Demo

war jedoch ein voller Erfolg und hat hoffentlich den einen oder anderen Politiker wachgerüttelt – uns zumindest hat es gezeigt, dass es sich immer wieder lohnt, auf die Straße zu gehen und zu protestieren; denn spätestens nach den Großworten herrschte eine so euphorische und revolutionäre Stimmung, dass kein Zweifel mehr bestand: Gemeinsam können wir etwas verändern!

Nehmt also die Unterdrückung durch die Kopfnoten nicht länger hin, sagt den LehrerInnen stets eure Meinung und setzt eure Ideen durch! Denn auf einem Zeugnis sollte nicht „Schleimen: sehr gut“ stehen.

*Eva und Anna sind im Landesvorstand der LSV RLP und hatten bis jetzt immer eine 2 in Verhalten. Doch dafür mussten sie auch schon das ein oder andere mal ihre Klappen halten.*



## DATENSAMMELN

Unabhängig von unserer persönlichen Einstellung gegenüber dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung gibt es einige Tendenzen, die meine Aufmerksamkeit erregen.

Denn wir Jugendliche surfen ohne Grenzen im Internet. Dort chatten wir, halten Kontakt, besorgen uns Musik oder informieren uns über dies oder das. Wir handeln und kaufen ein.

Aber dabei machen sich nur Wenige Gedanken über das, was sie da angeben. Wenn gesamte Namen, Anschriften, Telefonnummern sowie die persönlichen Vorlieben oder Neigungen preisgegeben werden, sind sie für jeden Menschen öffentlich einsichtig. Beispielsweise werden diese Infos dann für Werbezwecke benutzt, ihr müsst mit lästiger Post und Anrufen rechnen. Und dabei haben diese Firmen nicht einmal viel Arbeit beim Datensammeln. Ganze Unternehmensgruppen sammeln gezielt eure Daten und verkaufen sie weiter.

Ein Auszug aus den Datenschutzerklärungen von „Wer-kennt-Wen“: (Quelle: <http://www.wer-kennt-wen.de/datenschutz.html>)

*Auf jeden Fall wird jedoch Dein Name im Profil veröffentlicht.*

*Die Daten, die Du uns übermittelt hast, geben wir nicht an Dritte außerhalb von wer-kennt-wen weiter, es sei denn, Du hast hierzu Dein Einverständnis gegeben oder wir sind zur Preisgabe dieser Daten verpflichtet, beispielsweise aufgrund gerichtlicher Verfügung.*

*Wir sammeln, speichern und verarbeiten Informationen, um wer-kennt-wen besser auf Euch abstimmen zu können. Dazu nehmen wir interne Untersuchungen hinsichtlich der Demographie, Nutzerinteressen und dem Nutzerverhalten vor. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen nutzen wir für individualisierte Werbung, zum Beispiel um für Nutzer regionale Werbung (nach Herkunftsort des Nutzers) und gruppenspezifische Werbung (d.h. nach Gruppen innerhalb von wer-kennt-wen ausgewählte Werbung) auf wer-kennt-wen zu schalten.*

*Weiterhin speichern wir bei jedem Login Deine IP-Adresse über einen Zeitraum von maximal 4 Wochen nach Inanspruchnahme. Zweck ist es, im Fall von Eingriffen der Nutzer in unsere Webseiten oder bei sonstigen Rechtsverstößen durch die Teilnehmer, die erforderliche Identifizierung zu ermöglichen. Nach Ende der vierwöchigen Aufbewahrung der Daten werden diese unverzüglich gelöscht.*

*Wir sind um die Sicherheit Deiner Daten im Rahmen der geltenden Datenschutzgesetze bemüht, dennoch ist keine elektronische Kommunikation vollkommen sicher. Wir möchten Dich darauf hinweisen, dass trotz unserer hohen Anforderungen, Informationen, die Du freiwillig über das Netz freigibst, von anderen genutzt werden können. Deshalb kann Lemonline für die Offenlegung von Informationen aufgrund von Fehlern bei der Datenübertragung und/oder unautorisiertem Zugriff durch Dritte keine Verantwortung oder Haftung übernehmen.*

Alles was ihr schreibt kann natürlich auch von euren „Feinden“ gelesen werden: „Nazis verreckt“, in eurem „Wer-kennt-Wen“-Profil und schon werdet ihr im besten Fall von irgendwelchen stumpfen Nachwuchs-Nazis durch miese Kommentare belästigt. Im schlimmsten Fall landen dann eure Daten auf Naziseiten und vielleicht bekommt ihr dann ja mal „Besuch“ von einer Gruppe netter Nazi-Menschen...

Wenn ihr euch bewirbt, ist es mittlerweile gängige Praxis, mal schnell euren Namen zu googlen und nachzusehen, welche Dinge da auf welchen Seiten von euch oder über euch geschrieben werden. Ist das Profilfoto von „Myspace“ zu „freizügig“? So eine Person wird ein „respektables“ Unternehmen nicht einstellen. Oder habt ihr politische Statements hinterlassen, die eurer/m zu

künftigen ArbeitgeberIn gar nicht gefallen? Es gibt ganze Assessment-Center, die Daten über euch sammeln und den Personalbüros weitergeben.

Wenn ihr euch bei „Amazon“ ein Buch, eine DVD, eine CD oder was auch immer kauft, werden eure Daten gespeichert. Dann bekommt ihr in Zukunft ständig Produktinformationen über die Artikel, die genau zu eurem Kaufverhalten passen. Manche freuen sich auch darüber, dass sie sich keine Gedanken mehr über ihre Kaufentscheidung machen müssen, da sie „ihrem Amazon“ ja vertrauen können.

Aber auch wenn ihr in eurem Supermarkt einkauft und an Bonusprogrammen wie „Payback“ teilnehmt, werden eure Kaufgewohnheiten gespeichert und ausgewertet. Solch eine möglichst vollständige Kaufanalyse von euch kann dann zu Werbezwecken entsprechend weiterverkauft werden.

Wenn ihr in eurer Schule die PCs oder das Schulnetzwerk benutzt, werdet ihr normalerweise ebenfalls überwacht: Eine Lehrperson sieht euch über die Schulter oder häufiger kontrollieren sie von einem anderen PC aus, was ihr so macht. Das



wird mit Programmen wie „Inis“ oder „Mastereye“ oder „Monitor-Remote“ bewerkstelligt. An anderen Schulen wird sogar dauerhaft aufgezeichnet, was ihr an den Computern macht.

Also werden überall schon Daten über euch gesammelt! Der Verfassungsschutz hätte einen genauen Überblick über die meisten BürgerInnen. Ganz wohl kann doch keinem/keiner sein bei dem Gedanken daran, überwacht zu werden, oder?

Denkt einfach mal darüber nach, welche Daten ihr mit ruhigem Gewissen über euch freigeben könnt. – (sh)

## BIG TEACHER IS WATCHING YOU

Freistunde? Natürlich ran an die Schulcomputer und die E-Mails abfragen, oder nur mal so im Internet surfen. Denn schließlich verbringen Schülerinnen und Schüler inzwischen so viel Zeit in der Schule, dass Politiker gerne von „Schule als Lebensraum“ sprechen; da sollte eine ungestörte Nutzung der PCs in den Freistunden dazugehören.

Doch ganz so einfach ist das nicht: Viele Schulnetzwerke machen den „gläsernen Schüler“ zur Wirklichkeit. Sie geben nämlich Lehrern und Lehrerinnen die Möglichkeit euch „live“ zu überwachen. Das heißt: Die Lehrer oder etwa Aufsichtspersonen in der Schulbibliothek können sich von einem anderen Rechner aus „live“ an-

## ABGESTOCHENE MÄNNER

Dank TV, Radio, Presse und Internet scheint es so einfach wie nie, an Informationen und Nachrichten aus aller Welt zu gelangen und fast jedeR hat sich diese Tatsache schon einmal bei Referaten, Hausaufgaben oder einfach für die persönlichen Interessen zunutze machen können. Doch darf allen Quellen getraut werden?

Gerade heute, da Daten mit unglaublicher Geschwindigkeit um die Welt gehen und jedeR einen Eintrag ins World-Wide-Web erstellen kann, sollte mensch stets seine Quelle genau betrachten und den Wahrheitsgehalt abwägen. Nicht immer steht hinter einem Artikel nämlich eine fundierte Recherche und oft werden sogar bewusst Unwahrheiten verbreitet um den/die LeserIn/ZuschauerIn zu manipulieren.

Das einzige Problem stellen die falschen Behauptungen, einseitigen Berichterstattungen und manipulativen Werbungen aber nicht dar, hinzu kommt die Naivität, mit der die Menschen an die Medien heran gehen. In einer Welt, in der alles, was gedruckt oder online ist, als bare Münze genommen wird, ist das Beeinflussen so leicht wie

Leitartikel und Bilder großer Zeitungen zu übernehmen oder gar wortwörtlich von Agenturen zu kopieren, die bereits eine Vorauswahl getroffen haben. Was bringt es also, ca. 22000 verschiedene Zeitschriften und 1600 Zeitungen in Deutschland zu haben, wenn doch nur die Meldungen und somit auch die Meinungen von ein paar Großen kopiert werden?

Eine beschränkte Vielfalt liegt aber nicht nur bei den Printmedien vor. Die deutsche Fernsehlandschaft wird zum Beispiel von den vier Medienkonzernen Springer, Kirch, Bertelsmann und CLT dominiert.

Brisant wird diese Konzentration der Macht unter anderem durch die Tatsache, dass die Unternehmen nicht gerade politisch unabhängig sind und ihre eigenen Interessen bei der meinungsbildenden Aufgabe, die sie haben, nicht außen vor lassen. Es kann also vorkommen, dass zu einem Thema überall die gleiche, abgeschriebene Meinung verbreitet wird die somit zur wahrhaft erscheinenden Nachricht wird (George Orwell lässt grüßen) und bei einer anderen Sache jede Zeitung Nachrichten so aussortiert, bewertet und umschreibt, dass es dem bevorzugten Parteiprogramm entspricht. So werden aus 2 Männern mit Schnittverletzungen in mehreren Zeitungen „Erstochene“ oder gar „Abgestochene“ und nach 5,1% der Stimmen für die Linkspartei wird Deutschland ein „Links-Staat“ (beides ursprünglich in BILD).

Sachliche Berichterstattung sieht anders aus. Weil aber heute Politik und politische Geschehnisse vorwiegend durch die Medien vermittelt werden, hat der/die BürgerIn keine echte Chance, objektive Informationen zu bekommen. Stets muss er sich der Relativität der verbreiteten Wahrheiten bewusst sein und überlegen, ob der Springer-Verlag oder das Bertelsmann-Unternehmen ihn nicht gerade politisch manipulieren möchten.

Die Finanzierung vieler Zeitungen, Radiosender, Fernsehstationen und Internetseiten durch Werbung und Spenden bestimmter Großkonzerne verleitet zudem zu Schleichwerbung, einer ganz anderen Art der Beeinflussung.

Diese Aktivitäten werden in letzter Zeit vermehrt durch sog. „Watchblogs“ wie z.B. Bildblog.de aufgedeckt und korrigiert. Die Anzahl der täglich gefundenen Fehler in der auflagenstärksten Zeitung Europas ist erschreckend und zeigt nur zu gut, wie genau es mit der Genauigkeit genommen wird und wie eher auf Wirkung als auf Wahrheit gesetzt wird.

Abwiegen muss mensch aber auch in Internet. Hier werden die abenteuerlichsten Thesen und Meinungen, aber auch Nachrichten ohne jegliche Quellenangaben verbreitet und das schier unendliche Angebot an Informationen lässt einen schnell den Überblick verlieren und erschwert ein Differenzieren. Selbst das beliebte Online-Lexikon „Wikipedia“, bei dem jeder mitschreiben darf, ist trotz eines großen Kontrollteams nicht gegen Fehler gefeit: 2006 stand in dem Artikel „Schulzeugnis“ unter „Definition“: „Harter Klopapierersatz“. Wenn auch nur für 20 Minuten. – (mmr)

nie. Nur selten stellt sich der/die LeserIn die Frage, wer denn eigentlich diesen Text verfasst hat, welcher Partei der-/diejenige angehört oder auf wessen Gehaltsliste er/sie steht. So wird das Unterscheiden zwischen echten Nachrichten und eigentlichen Kommentaren zur Nebensache und die eigene Meinung ist dann praktischerweise jene, die der/die AutorIn vorkaut. Dabei bringt es heute der Wahrheitsfindung auch nicht mehr viel, mehrere Quellen zu Rate zu ziehen, weil die neuesten Meldungen im Kampf um die aktuellsten Nachrichten und den schockierendsten Tratsch oft von anderen Medien unkontrolliert übernommen werden. Aus Angst, in diesem digitalen Zeitalter nicht als „Up-To-Date“ zu gelten und wegen der immensen Kosten bei der Informationsbeschaffung, haben vor allem kleinere Zeitungen oft keine andere Wahl als

schaun, was ihr auf eurem Bildschirm seht. Egal ob E-Mails, SchülerVZ oder andere private Dinge – die Lehrerin oder der Lehrer liest mit!

Was im normalen Unterricht unter Umständen nützlich sein kann, ist bei privaten Anwendungen bedenklich und verstößt eventuell sogar gegen das Datenschutzgesetz! Insbesondere ein Netzwerksystem sorgt deswegen für Aufsehen: Das „Modulare Netzwerk für Schulen“, kurz MNS+, das vom Landesmedienzentrum eigens entwickelt wurde. Schlimm genug, wenn Anbietern von Schulnetzwerken oder der engagierten Informatik-Lehrerin die Privatsphäre der Schüler und Schülerinnen egal ist. Mit MNS+ wird die Überwachung aber von der Landesregierung selbst zum „Standard“ erklärt.

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz findet, dass wir Schülerinnen und Schüler so eine Praxis nicht hinnehmen sollten, ebenso wenig wie das strenge Protokollieren der Tätigkeiten am PC. Denn damit wird unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz mit Füßen getreten. Das können und wollen wir nicht dulden! Deshalb will die LSV zusammen mit den zuständigen Menschen im Bildungsministerium versuchen, eine Lösung zu finden, die die Überwachung von Schülerinnen und Schülern verhindert. Damit Schule tatsächlich zum Lebensraum werden kann!

Felix Martens und Julian Knop

# ZIVILCOURAGE - HIER UND JETZT!

Ein Schüler schlägt seinen Mitschüler krankenhaushausreif. Andere werden geärgert, gepeinigt, runtergemacht – gemobbt wie es immer so schön heißt. Jugendliche werden vor anderen lächerlich gemacht, werden ein lebender Running Gag. Schüsse fallen in den Gängen einer Schule und fordern Todesopfer, LehrerInnen sowie SchülerInnen. Gewalt. Amok. Mobbing. Es ist nicht zu bestreiten, dass „die Jugend von heute“ eine Wertevorstellung hat, die nicht unbedingt etwas mit einer friedlichen rosa Marshmallowwelt zu tun hat. Vielmehr kommen regelrechte Machtkämpfe auf und das sowohl zwischen Jugendlichen und Autoritätspersonen aber auch unter Gleichaltrigen. Unter Jugendlichen bilden sich „Machtklassen“ und jeder hat da wohl seine ganz persönlichen Erfahrungen. Unsere Jugend, WIR, sind nicht die Kinder, die unsere Eltern mal waren. Ob das gut oder schlecht ist, sei dahingestellt. Die Frage, die bleibt ist wie so oft das „Warum?“. Was sind die Gründe für diese Veränderung von Werten? Was veranlasst eine Schüler, einen anderen krankenhaushausreif zu schlagen oder seinen Lehrer zu herunterzumachen und/oder zu verletzen? Und warum sehen die meisten einfach nur tatenlos zu, schweigen und verstecken sich? „Die Medien!“; sagen die einen. „Die Medien beeinflussen uns und unsere Kinder, die MusikerInnen füllen ihren Verstand mit Gewaltverherrlichenden Texten und die Videospiele stiften sie zum Töten an!“

Mensch kann dieses Argument nicht einfach ignorieren, denn natürlich haben Bild und Ton einen sehr großen Einfluss auf uns. PolitikerInnen lassen Wahlplakate aufhängen und Firmen werben im Fernsehen für ihre Produkte, damit sie uns beeinflussen können. Aber kann man eine Musiker, welcher Texte über Mord, Blut und Grausamkeit schreibt für Straftaten Jugendlicher

verantwortlich machen? Ist es die Schuld einer Spielefirma, wenn ein Schüler bewaffnet in den Unterricht kommt, nur weil er ein Spiel von ihnen gespielt hat?

Diese Argumente sind fraglich, vielleicht sogar schlichtweg lächerlich. „Natürlich, denn die Gesellschaft ist schuld! Die böse, böse Gesellschaft!“, werden nun die anderen sagen. Nur was passiert, wenn man dieses Argument beleuchtet und wenn man fragt, wer denn eigentlich diese ominöse Gesellschaft ist, die ja alles so furchtbar falsch macht? Schweigen ist meist die einzige Antwort. Denn in diesem Moment wird den meisten eines klar: Die böse, schlechte Gesellschaft, die Menschen die zusehen, die Menschen die zuschlagen, das sind wir selbst. Das sind wir alle. Wir alle sind schuld, schuld an Nachrichten über Amokläufe verzweifelter SchülerInnen, über Prügeleien unter Jugendlichen, schuld an Nachrichten die nicht gesendet werden, weil sie nicht grausam genug sind um eine breite Masse unterhalten zu können. Denn wir schweigen.

Wir schauen zu, wir schreien, wir streiten, wir prügeln. Wir schieben die Schuld auf aggressive Musik, auf Killerspiele, auf die nichts leistenden PolitikerInnen und auf die böse Gesellschaft, damit wir vor der Verantwortung fliehen können, um die wir uns immer wieder drücken. Ich spreche von Zivilcourage. Dieses schöne Wort, welches PolitikerInnen so gerne verwenden, um ihre Reden beliebter zu machen und um den Menschen gefallen. Ich spreche davon, zuzugreifen und das Schweigen zu brechen um es mit Worten des Widerstandes und der Gerechtigkeit zu füllen. Eingreifen, wenn einE andereR beleidigt wird – warum auch immer. Hilfe holen oder selbst helfen, wenn jemand geschlagen wird. Der Gerechtigkeit endlich genüge tun.

Es ist dieser kleine Schritt, manchmal nur ein paar wenige Worte und ein bisschen Menschenkenntnis, die mensch bräuchte um so vielen anderen helfen zu können. Es ist eine Tat, die jeder von uns vollbringen kann, doch alles was uns daran hindert, ist Angst selbst in die Schusslinie zu kommen. Angst davor, dass mensch selbst runtergemacht, geschlagen und im allerschlimmsten und doch mittlerweile so schrecklich möglichen Fall das Opfer einer tödlichen Tat zu werden. Wir müssen jedoch versuchen, diese Angst zu überwinden. Es gibt Menschen, die diesen ersten Schritt wagen und wir sollten diesen Menschen folgen. Wir sollten sie unterstützen, wenn sie bei ihrer Hilfe selbst angegriffen werden, wie viel Überwindung uns das auch kosten mag. Denn je mehr Leute es gibt, die diese Zivilcourage be-

weisen, desto weniger Nachrichten wird es geben, die von Mobbingopfern, zusammengeschlagenen Lehrern und Schülern handeln, weniger Nachrichten über Amokläufe und Selbstmorde weil die Gesellschaft so versagt hat.

Wir können dieses Problem nicht durch ein simples Verstärken und Verschärfen sämtlicher Jugendgesetze lösen. Nicht dadurch, dass wir die „bösen und verkommenen“ Jugendlichen wegsperren bis sie geheilt sind. Es kann um Leben gehen und das sollte uns endlich bewusst werden. Um Leben, die zerstört werden auf welche Art und Weise auch immer. Wir müssen die böse Gesellschaft endlich wieder in Ordnung bringen und am besten fangen wir bei uns selbst an. Hier und jetzt!

aus RAK 7

# FUMMELN VERBOTEN!?!

Die geplante Gesetzesänderung zur „Bekämpfung der Kinderpornographie und des Kindesmissbrauchs“, zurückzuführen auf einen Rahmenbeschluss der EU, sollte bereits Mitte Dezember unter Federführung von Brigitte Zypries vom Bundestag verabschiedet werden. Doch dazu kam es nicht. Zu starke Kritik, zu große Zweifel von Seiten der Sexualexperten, Juristen und sogar der Opposition, dass damit ein zu großer Eingriff in die persönliche Freiheit verbunden sei. Wie lässt sich das erklären, wo es sich doch anscheinend um ein zu begrüßendes Gesetz handelt, das den Kindesmissbrauch stoppt. Oder etwa nicht? Laut den voraussichtlichen Änderungen soll das Schutzalter auf 18 erhöht und das Mindestalter der Täter gesenkt werden. Dies bedeutet, dass Jugendliche als „Opfer“ mit Kindern, als „Täter“ dagegen mit Erwachsenen gleichgesetzt sind.

ellem Haftbefehl oder einer Geldstrafe zur Folge haben. Doch wie sollen wir uns das in der Praxis vorstellen? Sind Beziehungen verboten? Stehen in Zukunft jedes Wochenende Polizei, Richter und Staatsanwalt vor unserer Tür? Möchte sich vielleicht das Ordnungsamt auch noch einen kleinen Einblick in unser Liebesleben verschaffen? Soll dies alles unter dem Vorwand geschehen, das „Abgleiten in die Prostitution“ zu verhindern? Immerhin zählen zu solchen, in Zukunft vielleicht strafbaren, sexuellen Handlungen das „Betasten durch die Kleidung hindurch“, „Das Anfassen des nackten Körpers in der Nähe der Geschlechtsorgane“ und je nach Lust und Laune des Richters unter Umständen auch ein Zungenkuss. Da vergeht selbst dem 79-jährigen Dr. Sommer die Lust. Seine fachlich kompetenten Ratschläge, die dem Liebesleben verzweifelter Jugendlicher der gesamten EU auf die Sprünge helfen sollen, wird er wohl bald nicht mehr erteilen können, ohne jedes Mal einen Haftbefehl wegen „Verbreitung pornographischer Schriften“ am Hals zu haben.

Dies würde auch das Ende sämtlicher Daily-Soaps bedeuten. Oder sollen jetzt AkteurInnen ihr vorgetäushtes Liebespiel immer unterbrechen um den Personalausweis in die Kamera zu halten, weil ihre Volljährigkeit nicht direkt erkennbar ist? Was sind das denn für Zustände? Sollten wir nicht vielleicht alle geschlossen ins Kloster begeben, um dieser Absurdität aus dem Weg zu gehen? Sollten wir vielleicht besser gar keine Kinder bekommen, wenn bereits Schnappschüsse, die unser Baby ohne Windeln zeigen, zu einer Freiheitsstrafe führen? Ist es wirklich notwendig, sich hierbei den amerikanischen Verhältnissen anzupassen?

Doch soweit wird es kommen, da die neue europäische Definition der Kinderpornographie wortwörtlich auf den US-amerikanischen Criminal Code zurückzuführen ist. Wäre es nicht besser, in die Betreuung, Beratung und vor allem den Schutz wirklicher Opfer von Sexualverbrechen zu investieren, anstatt sinnlose, neue gesetzliche Vorschriften zu entwerfen, welche die wirklichen Tatbestände, die den Begriff „Sexualdelikt“ umfassen, beinahe ins Lächerliche ziehen? Denn was nutzt einem 12-jährigen Opfer, das psychische Schäden davonträgt, die Bestrafung zweier unter-18-jähriger, welche verbotenerweise Sex hatten, es aber beide wollten oder einfach nur Pech hatten, weil der Richter heute schlecht drauf war und den verpassten Bus gleich mal als „Zwangslage“ interpretiert??? Wo bleibt denn hierbei die persönliche Freiheit, die Privatsphäre, das eigene Leben? Es ist und bleibt fraglich, ob dies wirklich der richtige Weg ist. Noch ist das Gesetz nicht in Kraft getreten. Aber aufgeschoben ist ja bekanntermaßen nicht gleich aufgehoben. – (mie)

Fabienne Fröhlich, 18 Jahre alt und in RAK 5 aktiv, hat früher für die Zeitung der KSJ geschrieben und setzt sich neben dem Schutz der Menschen vor absurden Gesetzen auch für den Tierschutz ein.

Doch wie weit reichen die Begriffe Opfer und Täter wirklich? Beschränkt sich das Gesetz nur auf Kinderpornographie und Kindesmissbrauch? Ob der geplante Gesetzentwurf zur „Ausweitung des Sexualstraftrechtes“ verabschiedet wird, steht noch in den Sternen – jedoch hätte diese neue EU-Richtlinie erhebliche Auswirkungen auf das Leben eines jeden Jugendlichen, da darin gravierende Einschnitte in die sexuelle Selbstbestimmung vorgenommen werden. So beinhaltet diese Regelung unter anderem, dass z. B. der Besitz eines Bildes der eigenen Freundin/des eigenen Freundes, ebenfalls minderjährig, in „aufreizender Pose“ strafbar ist, auch wenn die dargestellte Person durchaus bekleidet ist, bzw. nicht einmal nackte Haut zeigt. Besäße also ein 17-Jähriger ein Foto, welches seine Freundin, in vorteilhafte Kartoffelsäcke gehüllt, mit gespreizten Beinen, zeigt, so dürfte er dieses mit ihrer ausdrücklichen Einverständnis besitzen, müsste es aber laut Herrn Gaubner, Co-Vorsitzender der Gesellschaft für Sexualforschung in Österreich, wo das Gesetz bereits in abgeschwächter Form durchgesetzt worden ist, sofort verbrennen, sobald er 18 ist. Hierbei handelt es sich noch um eine nette Ausnahmeregelung; hätte er ihre Zustimmung nicht, so dürfte er auch als Minderjähriger selbst diese Abbildung nicht behalten, da das neue Gesetz dies als pornographisches Material werten würde.

Doch es kommt noch schlimmer: Würde eine Minderjährige einen ebenfalls Minderjährigen bei einer Party kennen lernen, der ihr beispielsweise ein Getränk spendiert, so könnte dies als „Entgelt“ betrachtet werden, durch welches sie sich „verpflichtet gefühlt“ habe, mit ihm rumzumachen. Würde der Abend dann bei ihm zu Hause enden, weil sie keine Heimfahrmöglichkeit mehr hat, handelt es sich dabei schon um das „Ausnutzen einer Zwangslage“, hervorgerufen durch eine „kurzfristige Notlage“. Beides könnte eine Anzeige, welche auch durch dritte (z. B. aufgrund von Eifersucht oder ausgehend von den Eltern) vorgenommen werden kann, mit eventu-

– Anzeige –

**jusos-rlp - solidarisch, menschlich, links**

**Wollt ihr?:**

- Dass Bildung in unserem Land so bleibt, wie sie ist?
- Für Demokratie und Courage! Für ein NPD- Verbot!
- Raus aus der Schule rein in die Wehrpflicht?
- Für eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen!
- Einen Sozialstaat, der nur das nötigste für uns tut?

**Unsere Alternativen:**

- Für gebührenfreies Studium! Für Einrichtung von IGSen! Für Ausbildungsplatzumlage! Für mehr Mitbestimmung von SchülerInnen!
- Mehr Nazis?
- Für die Abschaffung der Wehrpflicht!
- Mehr Reiche und mehr Arme?
- Für einen Sozialstaat, der nicht nur Risiken absichert, sondern Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht!

**Und nicht zuletzt:**

- Für eine bessere Gesellschaft.
- Für den demokratischen Sozialismus!

**Ist der Klimawandel unumkehrbar? Ist die Macht der Stromriesen unbrechbar? Ist Ökologie ein Thema für TräumerInnen?**

Hier findet ihr die Antworten: Energiekonferenz der Jusos RLP Sonntag, 25.05.2008, 10 - 18:00 Uhr IG BCE Jugendtreff Ludwigshafen Mehr dazu unter [www.jusos-rlp.de](http://www.jusos-rlp.de)

# - GEISTERFAHRT -

## WER GEHT DENN SCHON ZUR DROGENBERATUNG?

Ein bisschen nervös bin ich trotz allem, als ich vor dem gelben Haus stehe. Unauffällig drehe ich mich noch mal rum, bevor ich durch den kleinen Vorgarten die Treppen zur Tür hinaufgehe. Wer weiß. Freunde meiner Eltern sollten mich hier nicht sehen.

Die Tür ist zu. Ich muss klingeln, ein kleiner Knopf, ohne Namen, natürlich. Ich drehe mich noch mal um, noch mal. Dann klinge ich. Eine Frau mittleren Alters öffnet mir die Tür. „Hallo“, sagt sie, und ich dann auch: „Hallo“. Ein wenig warten muss ich schon, was daran liegt, dass ich nicht angerufen habe. Eigentlich ruft mensch wohl zuerst an, zumindest, wenn es nicht dringend ist. Mensch erklärt kurz, wie es einem geht und bittet um einen Termin für ein Gespräch. Wie schnell das geht, ist abhängig davon, wie dringend mensch Hilfe braucht. Aber allen wird geholfen. Ich bin einer von den weniger dringenden Fällen.

Das Wartezimmer sieht eigentlich nicht aus wie ein Wartezimmer. Mehr wie eine Lesecke. Gemütliche Sofas an den Wänden, ein Bücherregal. Die Titel der meisten Bücher lassen allerdings darauf schließen, dass sie von Sucht handeln. Und vom Überwinden der Sucht. Meine Gedanken schweifen ab, ich frage mich, wie der Mensch, der mich gleich beraten soll, auf mich reagieren wird. Denn irgendwie bin ich ja nicht richtig süchtig, oder? Mal ehrlich, haben wir nicht alle so einen Kumpel? So einen, der immer mal bekifft in die Schule kommt? Auf einer Party einen Joint zu rauchen, passiert vielen Jugendlichen. Aber der Kumpel, den ich meine, der kifft auch alleine. Oder in den Freistunden. Warum er kiff? Meistens weiß mensch es nicht. Eigentlich ist er doch ein ganz cleverer Kerl. Und er könnte auch bessere Noten haben, wenn er regelmäßig im Unterricht erscheinen würde.

Die Älteren unter uns wissen, wen ich meine, oder? Allein die Tatsache, dass ihr jetzt an einen bestimmten Menschen denkt (wenn ihr es denn tut), zeigt, dass dieses Phänomen und Problem weit verbreitet ist. Jugendliche, die sich irgendwo zwischen Probierkonsum („ich kiff‘ ja nur auf Partys ab und zu“) und problematischem Konsum (jenem Konsum, der in welcher Weise auch immer mit Problemen verbunden ist), befinden und so langsam in eine heftige Abhängigkeit geraten.

Es zeigt aber auch noch mehr... – da ist er ja schon. „Hallo“ – mal wieder, und ich auch „Hallo“. Er stellt sich mit Namen vor, also nenne ich auch meinen. Das hätte ich nicht gemusst. Grundsätzlich kann alles anonym bleiben, ich muss nur so viel von mir erzählen, wie ich möchte. An-

erseits schadet es aber auch nichts, wenn ich mehr sage. Für alle hier herrscht Schweigepflicht. Der Berater, der mich nun ins Beratungszimmer führt, graues Haar, kariertes Hemd, anscheinend kein schlechter Appetit, er könnte gut mein Vater sein. Später erfahre ich, dass ich richtig lag: Er hat eine Tochter in meinem Alter. Er sieht auf jeden Fall nicht so aus, wie ich mir einen Menschen bei der Drogenberatung vorgestellt hatte. Im Nachhinein weiß ich leider nicht mehr genau, wie ich mir ihn eigentlich vorgestellt hatte. Vielleicht ein wenig wie den Polizisten, der uns in der 7. Klasse vor den „bösen Drogen“ gewarnt hatte.

Zurück zu dem Kumpel. In der Regel stellen sich zwei Fragen. Die erste: Braucht er überhaupt eine Drogenberatung. Er würde sagen: – Ja, was würde er sagen? Frag‘ ihn doch mal. Meistens sagt er Nein. Denn er kifft ja nur gelegentlich. Und er könnte jederzeit aufhören.

Die Tatsache, dass du an ihn gedacht hast, beweist allerdings: In irgendeiner Form hat dieser Kumpel Probleme. Denn sonst hättest du ja nicht an ihn gedacht. Vielleicht kommt er nicht in die Schule, vielleicht hat er schlechte Noten oder wenige Freunde, vielleicht hat er Geldsorgen. All dies sind Probleme, die seinen Drogenkonsum zum problematischen Konsum machen – und damit ist er ein Fall, der hier willkommen ist. Der Kumpel würde sagen: Die lachen mich doch aus. Wenn ich in die Drogenberatung komme und denen erzähle, dass ich öfter mal einen Joint rauche. Doch darum geht es hier nicht. Es geht nicht um die Drogen, es geht um die Probleme. Außerdem würde der Kumpel sagen: Was sollen die denn machen? Die können doch nichts sagen als: „Drogen sind böse, hör auf!“.

An dieser Stelle ist es wichtig, das Prinzip der Drogenberatung zu erklären. Denn wenn ein Mensch Drogen nimmt, dann tut er es in der Regel nicht einfach so. Jeder, der Drogen nimmt, macht eine Risikoabwägung. Das bedeutet: Er betrachtet die Nachteile. Diese sind ihm in der Regel bekannt: Drogen machen krank, Drogen machen dumm, Drogen sind illegal, Drogen sind teuer, usw. Und er betrachtet die Vorteile. Ein Vorteil ist zum Beispiel, dass er sich von den Drogen erhofft, entspannt zu werden, glücklicher zu werden, weniger Stress zu haben und seine Umwelt für einen Moment zu vergessen. Darum sind Menschen mit Problemen anfälliger für Drogen. Niemand, der weiß, welche Gefahren dahinterstecken, würde kiffen, wenn es ihm nicht subjektiv betrachtet einen Vorteil bringen würde.

Nun bringt es in der Regel nichts, jemandem zu sagen: „Das macht dich krank“. Das weiß derjenige, der Drogen nimmt, schon lange. Das hat er wahrscheinlich sogar schon in seiner Abwägung mit einbezogen. Und die Aussage: „Du musst aufhören“ bringt ihn auch nicht weiter. Er weiß, dass er aufhören sollte. Und damit, dass man es sagt, setzt man ihn nur mehr unter Druck. Was braucht also jener Kumpel? Wie kann er wieder von den Drogen wegkommen? Ganz einfach: Er muss die Probleme loswerden. Was bringt es, wenn er für ein paar Tage nicht mehr kiff? Die Probleme sind nach wie vor vorhanden – und früher oder später fängt er wieder an.

Darum geht die Drogenberatung andersherum vor. In Gesprächen findet mensch gemeinsam heraus, welche Probleme dazu geführt haben, dass man süchtig wurde. Was ist es, das einen unglücklich macht, stresst, das einem das Gefühl gibt, dass die Droge nötig ist? Wenn mensch diese Probleme gefunden und behoben hat, dann ist es möglich, den Konsum zu reduzieren – oder das Konsumieren ganz bleiben zu lassen. Manchmal ein langer Weg – deswegen reicht dafür in der Regel nicht ein Ge-

spräch. Mensch kommt wieder, unterhält sich mit dem Berater, betrachtet die eigene Entwicklung. Aber letztlich gibt es für jeden jungen Menschen die Möglichkeit auf ein Leben ohne jede Abhängigkeit.

Ich gehe davon aus, dass du nicht selbst der „Kumpel“ bist, von dem ich spreche. Aber vielleicht gibt es in deinem Freundeskreis einen solchen Menschen. Wenn du gerade an ihn gedacht hast, dann zeigt es, dass du ihn kennst. Vielleicht fragst du dich jetzt: „Kann ich ihn darauf ansprechen? Ich habe doch gar nicht so viel mit ihm zu tun! Er hat doch bessere Freunde!“. Du kannst ihn darauf ansprechen. Dass du nicht so viel mit ihm zu tun hast, liegt eventuell daran, dass er den Kontakt zu seinen Mitmenschen meidet – und dir auch suspekt ist, weil er Drogen nimmt. Dass er bessere Freund hat, hat nichts zu heißen. Menschen mit Probleme haben oft gute Freunde, die ihnen nicht helfen oder nicht helfen können. Dafür gibt es verschiedene Gründe, wichtig ist allerdings vor allem: Du kannst ihm helfen. Der Druck, den seine Bekannten auf ihn ausüben, muss ihn dazu bringen, sich helfen zu lassen. Am Einfachsten ist es, wenn du für ihn entscheidest. Denn die Entscheidung, tatsächlich

zur Drogenberatung zu gehen, würde er ewig lange hinauszögern.

Also sei selbstbewusst, geh zu ihm und frage ihn, wie es ihm geht. Mache ihm klar, dass er ein Problem hat und dass es Menschen gibt, die ihm helfen können. Und dass kein Problem zu klein ist, um damit zur Drogenberatung zu gehen. Biete ihm an, mitzukommen, ihn zu unterstützen. Versuche es zumindest. Mit dir zusammen schafft er es vielleicht.

Was ich mit dem Berater besprochen habe? Wie mein Besuch bei der Drogenberatung verlaufen ist? Das bleibt alles geheim, darauf kann ich mich verlassen. Geschadet hat es auf jeden Fall nicht. Und ausgelacht hat mich auch keiner. Ich kann jedem, der Drogenprobleme hat, nur raten: Trau dich, geh hin. Nicht erst in vier Tagen. Ruf am besten gleich an!

Drogenberatung in deiner Nähe? Gib einfach das Wort „Drogenberatung“ oder „Jugendberatung“ sowie den Namen der nächsten größeren Stadt bei google.de ein. Oder frage eine/n LehrerIn deines Vertrauens – manchmal kann auch eine/r SchulpsychologIn weiterhelfen. – (zoe)

## MONOLOG DER LEBENSKRISE

Ich liege hier und frage mich, was soll ich schreiben, ein Gedicht?

Ein Monolog der Lebenskrise, die Lebenskrise die wohl hieß Schule

Sie raubt mich, stiehlt mir kostbar Zeit, die ich könnte nutzen.

Würd' ich diese, die Schule schwänzen, so müsste ich wohl putzen.

Private Bildung ginge schneller  
Ohne Trubel, ohne Lärm,  
doch wird man immer zu gezwungen,  
zu gehen in die Schule, gern!

Dann gibt es Diese, die sich denken:  
Warum wir nicht die Lehrer lenken!  
Statt Hausaufgaben Drogen nehmen,  
faulenzten und schlafen gehen.  
Der Lehrer darf uns nur benoten,  
wenn wir, frisch und munter,  
die Schule mit Besuch beehren,  
sie werden' s uns auch nicht erschweren,  
mit Minimum, belohnt zu werden.

He! Doch nur durch Lehrers Ehren!  
Wir wissen alle, was ihr seid:  
Faul, dumm und sucht nach Streit.  
Wir Schüler, die wir Tugend haben,  
müssen uns sofort beklagen,  
über die unfaire, fiese,  
niemals endend,  
Lebenskrise.

# PER ANHALTER DURCH DIE REPUBLIK

Der englische Schriftsteller Douglas Adams erschuf mit seiner Hörspiel- und Romanbuchserie „Per Anhalter durch die Galaxies“ eine fantastische Welt, die Millionen von Fans in der ganzen Welt begeistert. Im Mittelpunkt des Buches steht dabei eine Form der Fortbewegung, die in Deutschland von vielen Seiten immer noch sehr stark belächelt wird: das Trampen, oder auch Hitchhiking genannt. Der Protagonist Arthur Dent reist mit seinem Freund Ford Prefect durch die Galaxie zwecks der Recherche für ein intergalaktisches Nachschlagewerk, wobei sie immer wieder ihren „Daumen“ in die Höhe strecken, um per Anhalter umherzureisen.

Trampen ist nicht nur eine Art der Fortbewegung, sondern auch Freizeitvergnügen, bei manchen auch ein Sport und sogar eine Art Lebensgefühl- und sicherlich auch eine sehr umweltfreundliche Art zu reisen.

Anfang der 60er Jahre wurde das Trampen in Deutschland immer beliebter- in der ehemaligen DDR galt Trampen sogar als das Hauptreisemittel überhaupt. Seit den 80ern ging jedoch die Begeisterung für das Trampen stetig zurück. Dies ist darauf zurück zu führen, dass heutzutage immer mehr Jugendliche eigene Autos besitzen, das öffentliche Verkehrssystem sich zumindestens verbessert hat, aber auch viele Jugendliche Angst vor dem Trampen haben, da Mensch ja nie weiss mit welcher Person getrampt wird. In vielen Ländern ist das Hitchhiking aber immer noch fester Bestandteil der Reisekultur, so z.B. in Irland, Australien und vielen Ländern Südamerikas. In

Spanien wird Mensch jedoch eher lange auf das nächste Auto warten müssen, denn dort gibt es gerade im Baskenland eine große Angst vor TerroristInnen.

Im Jahr 2007 erlebte die Tramp Community einen kleinen Aufwind, als sich nämlich die „Deutsche Autostop Gesellschaft, Abgefahren e.V.“ auf einem Trampertreffen in Freiburg gründete. Durch die Nutzung des Internets, so z.B. durch Reiseberichte auf Weblogs oder Reisevideos auf YouTube, soll Hitchhiking von dem „Hippie-Mief“ befreit und wieder modern gemacht werden. Der Verein agiert jedoch auch als Interessensvertretung gegenüber der Öffentlichkeit und will ausgeklügelte Werbekampagnen durchführen.

Sicherlich ist es immer noch am einfachsten sich in die Bahn oder das Auto zu setzen und zu seinem Reiseziel zu fahren. Aber Trampen ist auf jeden Fall eine lohnenswerte Alternative, denn schon oft wurde aus einer kleinen Fahrt am Ende eine tolle Freundschaft.

Links zum Trampen:

<http://abgefahren.hitchbase.com/>  
<http://www.hospitalityclub.org/>  
<http://www.mitfahrzentrale.de/>  
<http://www.mitfahrgelegenheit.de/>  
<http://www.hitchbase.com/>

Maximilian Pichl ist 20 Jahre alt und war früher mal in der LSV engagiert. Heute ist er bei der Grünen Jugend aktiv und absolviert seinen Zivi bei der Jugend im Bund für Umwelt- und Naturschutz.



**Lieber Sommer als Schule?!**

**26.07.-01.08.2008**

**Jugendzeltplatz Wiesbaden-Freudenberg**

**Komm zum LSV Sommercamp! 7 Tage selbstbestimmt diskutieren, in der Sonne chillen und kreativ sein. Treffe viele nette SchülerInnen aus RLP und Hessen.**

**www.lsv-hessen.de**

**www.lsv-rlp.de**

Anmelden und mehr Infos bei:  
**LSV RLP**  
 Kaiserstraße 26-30  
 55116 Mainz  
 info@lsvrlp.de | www.lsv-rlp.de

## DEN LEHRSTELLENMANGEL BEENDEN - DAS GRUNDRECHT AUF AUSBILDUNG SCHAFFEN!

Die Lehrstellenkrise hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft. Immer mehr Jugendliche finden trotz einer erfolgreichen Schullaufbahn keinen Ausbildungsplatz. Im Jahr 2006 konnten zirka 200 000 junge BundesbürgerInnen keine betriebliche Ausbildung beginnen, sondern mussten sich entweder mit einer außerbetrieblichen Ausbildung oder einer Ersatzmaßnahme begnügen.

Alle bisherigen Versuche die seit 1995 andauernde Lehrstellenkrise zu überwinden waren bisher leider erfolglos. So auch der, 2003 geschlossene und 2007 um weitere drei Jahre verlängerte Ausbildungspakt zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft. Trotz des Paktes wird die Zahl der Jugendlichen ohne einen betrieblichen Ausbildungsplatz immer größer.

2007 waren ungefähr die Hälfte aller Bewerber sog. Altbewerber. Das heißt sie haben sich in früheren Jahren erfolglos um eine Lehrstelle beworben und kommen nun zu den neuen Schulabgänger dazu, die sich ebenfalls um Ausbildungsstellen bewerben. Damit sinkt die Chancen auf eine erfolgreiche Bewerbung immer weiter.

### SO DARF UND SO MUSS ES NICHT WEITERGEHEN!

In einer vernünftig organisierte Gesellschaft wird jedem Jugendlichen nachdem Besuch der Schule, unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und ohne Wartezeiten eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglicht.

Es ist Aufgabe der Parlamente dafür zu sorgen, dass dauerhaft eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung steht. Wie aber die Erfahrungen der dritten Lehrstellenkrise unwi-

derlegbar zeigen, wird dieses Ziel nicht ohne gesetzliche Regelungen zu erreichen sein.

In Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes wird zwar „die freie Wahl der Ausbildungsstätte“ garantiert. Daraus können aber keine unmittelbar gerichtlich durchsetzbaren Rechte abgeleitet werden. Jugendliche ohne Ausbildungsplatz befinden sich daher in einer weitgehend rechtlosen Situation. Da sie nach geltender Rechtslage keinen einklagbaren Anspruch auf einen Ausbildungsplatz haben.

Bereits in der ersten Lehrstellenkrise wollte die damalige SPD/FDP Bundesregierung 1976 mit einem Gesetz zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe genügend Ausbildungsplätze schaffen. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erklärt dieses Gesetz am 10.12.1980 zwar wegen der fehlenden Zustimmung des Bundesrates für ungültig, macht in seinem Urteil aber zugleich richtungsweisende Vorgaben.

Das Bundesverfassungsgericht stellte fest: 1. Eine „freie Wahl der Ausbildungsstätte“ ist nur dann gegeben, wenn die Zahl der freien Lehrstellen um mindestens 12, 5% größer ist, als die Zahl derer, die einen Ausbildungsplatz suchen. 2. Es gibt eine gesellschaftliche Ausbildungsverpflichtung der Unternehmer. 3. Eine Ausbildungsplatzabgabe (-Umlage) wäre eine verfassungsrechtlich zulässige Sonderabgabe.

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes lässt sich also ein Handlungsauftrag an den Gesetzgeber ableiten, der bis heute zum Nachteil Hunderttausender Jugendlicher nicht umgesetzt wurde.

Im Vordergrund des Kampfes zur Beendigung der Lehrstellenkrise stand bisher die Forderung nach Einführung der gesetzlichen Umlagefinanzierung.

Danach sollen alle Betriebe finanziell über eine Umlage an der Ausbildung beteiligt werden. Doch ein bloßes Festhalten an dieser Forderung greift vor dem Hintergrund der nun schon über 12 Jahre andauernden Auseinandersetzung und der sich immer weiter verschärfenden Krise, zu kurz.

Um das Problem des Ausbildungsplatzmangels nachhaltig zu lösen, muss für die betroffenen Personen ein einklagbarer Rechtsanspruch auf Ausbildung geschaffen werden. Und wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Ausbildung für den Einzelnen wie auch Gesellschaft, ist eine solche Rechtsgrundlage in der Verfassung zu verankern.

### GRUNDRECHT AUF AUSBILDUNG AUF DIE POLITISCHE TAGESORDNUNG SETZEN!

Um den gesellschaftlichen Skandal der Lehrstellenkrise ein für alle mal zu beenden, wurde im vergangenen Jahr die Kampagne für das Grundrecht auf Ausbildung gestartet.

Im Zentrum der Aktivitäten steht eine bundesweite Unterschriftenaktion mit dem Ziel, einen Rechtsanspruchs auf eine berufliche Ausbildung im Grundgesetz zu verankern.

Die Initiative für die Petition an den Deutschen Bundestag. kam von den Landesschülervertretungen Hessen, Bayern, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen.

Sie wird unterstützt vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der IG Metall-Jugend, dem Elternbund Hessen und den Landeselternbeirat Hessen.

Die Petition wird mit über 50.000 Unterschriften in den nächsten Monaten dem Bundestag übergeben.

Neben der Petition werden auch in diesem Jahr wieder öffentlichkeitswirksame Aktionen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt.

### GRUNDRECHT AUF AUSBILDUNG - KAMPAGNEN-BÜRO

Zur Koordination der Aktivitäten wurde im südhessischen Darmstadt ein Kampagnen-Büro eingerichtet. Das Büro hat die neben der Mitorganisation der Unterschriftensammlung, die Aufgabe Aktionen vor Ort zu unterstützen und bei deren Planung behilflich zu sein.

Beteiligt euch an der Kampagne für das Grundrecht auf Ausbildung!

Unterstützt die Petition auf der Homepage [www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de)

Informiert eure Mitschüler und Mitschülerinnen über die Kampagne.

Sammelt weiter Unterschriften und schickt sie umgehend an die LSV Hessen, Postfach 100 648, 35336 Gießen.

Umfangreiche Informationen zur Kampagne findet ihr unter: [www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de)

Wenn ihr konkrete Fragen habt, Hilfe bei der Durchführung einer Aktion oder Veranstaltung braucht, wendet euch an das Kampagnen-Büro Grundrecht auf Ausbildung: [Lisa.Hofmann@dgb.de](mailto:Lisa.Hofmann@dgb.de)

Postanschrift:  
 DGB-Jugendbüro Grundrecht auf Ausbildung  
 Rheinstraße 50  
 64283 Darmstadt